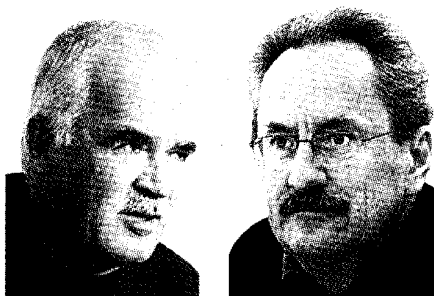


## DONNERSTAGSKOLUMNE

## Briefwechsel



zwischen  
Peter Gauweiler und Christian Ude

## Freiheit oder Globalisierung

Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) und der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler teilen jeden Donnerstag an dieser Stelle ihre Sicht der Dinge mit. Heute schreibt Peter Gauweiler über neue Herausforderungen.

## Lieber Christian Ude!

Wir können zusammen nicht kommen, das Wasser ist doch noch zu tief. Jedenfalls in Sachen Erbschaftsteuer.

Wer die Kuh melken will, darf sie nicht aus dem Stall vertreiben. Vor allem nicht, wenn die Stalltür offen ist und die Weiden keine Zäune mehr haben. Du weißt selbst, dass es in Österreich überhaupt keine Erbschaftsteuer mehr gibt, weil die dortige Große Koalition aus SPÖ und ÖVP diese Steuer total abgeschafft hat, weil sie für die Deckung des staatlichen Finanzbedarfs ungeeignet ist. So sollte es auch bei uns sein.

Welchen Sinn machen „Konjunkturprogramme“, wenn quasi im gleichen Atemzug die Familienunternehmen, die doch das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden, auch noch mit einer Sondersteuer von Todes wegen bedrängt werden, selbst wenn sie von der nächsten Generation weitergeführt werden.

Familienunternehmer bekommen in der Pleite keine Boni, sondern zahlen mit dem Risiko der persönlichen Insolvenz. Das unterscheidet sie von Managern, die sich recht-

zeitig aus dem Staub machen können und dafür auch noch fette Abfindungen kassieren. In deren unerlaubtem Rollentausch vom Gutsverwalter zum (eingebildeten) Gutsherrn liegt der Hase im Pfeffer. Der Strafsenat des Bundesgerichtshofs hatte dies im Untreue-Fall Josef Ackermann wg. Unerlaubter Mannesmann-„Prämien“ ausdrücklich so beim Namen genannt.

Man kann heute, nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, nicht einfach nur mehr „Rechts“ oder „Links“ sein, sondern sollte immer auch das jeweilige Gegenteil durchdenken können und im Kopf haben. Diese internationalen, anonymen Finanzkollektive haben sich zum krassen Gegenteil des persönlich verantworteten Unternehmertums entwickelt, von dessen Dynamik unsere Gesellschaft gut gelebt hat und immer noch lebt. Allen Gewerkschaftsfreunden sei gesagt: Die hiesigen Familienunternehmer sind kurz- und langfristig bessere Bundesgenossen auch für die im DGB organisierten Arbeitnehmer als irgendwelche Investment-Manager in New York, Tokio oder Helsinki.

Die internationale Finanzkrise hat doch gezeigt, dass es bei den mit fremdem Geld agierenden Finanz-Kollektiven zu wenig Verantwortungsgefühl gibt. In Deutschland wurde jedenfalls bis heu-

te nicht auch nur ein „Täter“ der internationalen Kettenbrief-Aktion namens Subprime-Handel dingfest gemacht. Der Eigentumsschutz des Grundgesetzes – so der lang-

jährige Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof – ist heute durch die Anonymität der Publikumskapitalgesellschaften und der globalen Finanzmärkte bedroht. Die Wirkung der eingesetzten Kapitalmacht wird nur noch von anonymen Finanzfonds und deshalb von niemandem mehr persönlich verantwortet. Wir müssen über eine neue Gegenüberstellung nachdenken: Freiheit oder Globalisierung – Freiheit oder Kollektivismus.

Unsere Parteien haben die Aufgabe, mitzuhelfen, das Verantwortungseigentum in den Staaten der westlichen Welt wieder zu beleben, das in den letzten Jahren durch bindingsloses „Investmentbanking“ verdrängt worden ist. Die Bundesregierung muss dazu der Schutzfunktion unserer nationalen Gesetze wieder Geltung verschaffen. Diese können durch globale Regeln ergänzt, aber niemals ersetzt werden. Die nationalen Institutionen der Demokratie sind doch nicht abgeschafft! Manchmal hat man den Eindruck, dass alle Energie aus ihnen entwichen ist. Würde die Frage, ob die westlichen parlamentarischen De-

mokratien in ihrem Inneren noch zu grundlegenden Reformen fähig sind, nur negativ beantwortet, wären die europäischen Gesellschaften in größter Gefahr.

Ich hielte es deshalb auch für richtig, im Bundestag via Untersuchungsausschuss die Bankaufsicht und ihr Tun und Lassen in Deutschland in den vergangenen Jahren gründlichst unter die Lupe zu nehmen. Welchen Sinn hat es denn, im bayerischen Landtag großartig parlamentarisch zu untersuchen, ob Erwin Huber Dienstag nachmittags oder Mittwoch früh von den Landesbank-Verlusten erfahren hat – die Tatsache aber unbeachtet zu lassen, dass deutschlandweit internationale Großbanken, vor aller Augen – also auch vor den Augen der Bankenaufsicht – staatlichen Beteiligungsbanken wertlose Derivate in Milliardenhöhe andrehen und verkaufen konnten?

## Herzlichst

Dein Peter Gauweiler

P.S. Letzte Woche war ich beim Papst. Er hat für die Sünder gebetet. Also auch für uns beide!